

Die Erhöhung der Straßenbahntarife.

Von Bezirksvorsteher Dr. Stadel.

Wien, 24. Juni.

Morgen gelangt im Gemeinderat die Vorlage über die Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen (Gas, Elektrizität, Straßenbahn) zur Beschlußfassung. Für Sozialpolitiker und Nationalökonomien ein Feld interessanter Studien, denn die Vorlage zeigt augenscheinlich den Nachteil der Monopolstellung, sei es des Staates oder diesmal der Stadt, gegenüber der großen Masse der Bevölkerung. Ein Mitglied der Majorität hat während der Budgetdebatte, als der Redner der demokratischen Gruppe sich gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife aussprach, geäußert: „Die Straßenbahn ist ja ein Unternehmen und keine soziale Einrichtung!“ Er hat das Richtige getroffen, die sozialen Theoretiker aber sehen in der Verstaatlichung u u r eine soziale Einrichtung und das einzig Richtige nach dieser Theorie wäre, daß Unternehmen, die von der Allgemeinheit geführt werden, Meingewinne überhaupt nicht abwerfen dürfen, sondern ihre Produkte möglichst billig eben der Allgemeinheit zuführen sollten. Also Licht, Heizung und Verkehr möglichst billig. Es waren dies auch die Hauptargumente, welche die damalige Opposition unter Zueger gegen die englische Gasgesellschaft vorbrachte und das jeweilige Ansuchen der mit Pferden bespannten Tramway, eine Erhöhung des Fahrpreises um 1 oder 2 Kreuzer vornehmen zu dürfen, hat gerade bei der damaligen Minorität — der derzeitigen Majorität — einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Jetzt stehen wir vor einer neuerlichen namhaften Erhöhung aller Tarife. Man ersieht daraus, wie die sogenannte Staatswirtschaft — schließlich ist ja Wien ein ganz ansehnlicher Staat — von der sozialen Voraussetzung zur fiskalischen Monopolwirtschaft herabfällt, welche die ihr übergebenen Lebensnotwendigkeiten ihrer Einwohner als Melkkuh benützt, um die von der Verwaltung bedenkenlos hinaufgetriebenen Ausgaben zu decken — zu decken durch indirekte Steuern, die natürlich die Schwachen Schültern mehr treffen.

Ganz besonders unerträglich ist die in kürzester Zeit abermals geplante Erhöhung der Straßenbahntarife, denn man kann dieses Verkehrsmittel einfach nicht entbehren. Besonders die Arbeiter, die Geschäfts- und Bureaubediensteten sind auf die Elektrische angewiesen und die meisten von ihnen müssen die Straßenbahn viermal täglich benutzen, um aus den entfernten Vororten zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen oder ihr kärgliches Mittagessen verzehren zu können. Ein Mitnehmen von Essen als Mittagsmahlzeit in Form von Wurst und Butterbrot und das Aufsparen der Hauptmahlzeit für den Abend, um dadurch die Mittagsfahrten zu ersparen, ist ja heute vollkommen ausgeschlossen. Auch das Zufußgehen ist zur Unmöglichkeit geworden, da die kostbaren Schuhe — gegenwärtig ja unersehbare Schätze — nur allzubald gebrauchsunfähig würden.

Um nun die ebenso unsoziale als gerade wegen der Zwangslage der Bevölkerung peinliche Maßregel der Tarifierhöhung irgendwie mündgerecht zu machen, ist vor einiger Zeit in der Obmännerkonferenz der Vorschlag gemacht worden, auf der Straßenbahn eine erste Klasse zu 40 S. und eine zweite Klasse zu 20 S. einzuführen, wodurch sich ein Durchschnittspreis von 30 S. ergeben würde. Diesem Vorschlag stehen natürlich gewaltige Bedenken entgegen. Aber auch der Gedanke, daß der Bemittelte für den Armen zahlt, übrigens derselbe Trugschluß wie beim Extremsfleisch, ist falsch. In den Tageszeiten der stärksten Frequenz, früh, mittags und abends, würden alle Minderbemittelten bei der furchtbaren Ueberfüllung der Wagen gar nicht imstande sein, sich der zweiten Klasse zu bedienen, sondern froh sein, um 40 Heller in der ersten Klasse fahren zu können, ebenso würde der, welcher gern 40 S. zahlen würde, ohne lange zu schauen oder zu wählen, sich ein Plätzchen in der zweiten Klasse zu erobern trachten, wenn er nur überhaupt mithkommt. Dieser Vorschlag muß daher abgelehnt werden, ebenso wird die demo-

gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife

*Wichtige Angelegenheiten sind die Erhöhung der
Straßenbahntarife sind es
von sozialpolitischen Majorität in Betracht,
sind mit einer sozialen und sozialen Maßregel
abzufinden.*